

# Geschichte der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland

---

*Manfred G. Schmidt*

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Geschichte der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Er beginnt mit der Zivilgesellschaft im Jahr 2019. Daran schließt sich ein zweifacher Blick zurück an: Zunächst bis in die 1970er und 1980er Jahre, anschließend bis in die Frühphase der Bundesrepublik Deutschland und die Jahre vor ihrer Gründung. Im Anschluss daran werden die Schubkräfte der Zivilgesellschaft erörtert, ihre Wirkungen diskutiert und die deutsche Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich porträtiert. Offene Fragen der Beobachtung und Bewertung der Zivilgesellschaft beschließen den Beitrag.

## 1. Zivilgesellschaft heute

»Zivilgesellschaft« ist ein Begriff der politischen und der wissenschaftlichen Sprache für einen besonderen Bereich moderner Gesellschaften.<sup>1</sup> Er hat zwei Bedeutungsvarianten: Er ist ein wertender (»normativer«) Begriff der politischen Sprache einerseits und ein auf Fakten bezogener (»empirischer«) Begriff der Beschreibung andererseits. Als ein wertender Begriff meint Zivilgesellschaft ein Erneuerungsprojekt, ein Erneuerungsprojekt menschlichen Zusammenlebens in der Tradition der Aufklärung (Kocka 2006; Kocka et al. 2001). In diesem Begriffsverständnis sind die Spuren seiner Vorgeschichte in

---

<sup>1</sup> »Zivilgesellschaft« ist im Übrigen auch ein Theorieprogramm, das im Unterschied zur marxistischen Politischen Ökonomie und im Gegensatz zur klassisch-soziologischen Ungleichheitsforschung vor allem die »Anerkennungs-« und die »Teilhabegerechtigkeit« erörtert, nicht, jedenfalls nicht primär, die »Verteilungsgerechtigkeit« (vgl. hierzu vor allem Kocka 2006).

Lateinamerika und Osteuropa nachweisbar. Zivilgesellschaft war ursprünglich in Lateinamerika in den 1970er Jahren ein Kampfbegriff der Opposition gegen den autoritären Staat und seine Wirtschaft. In Mittel- und Osteuropa wurde »Zivilgesellschaft« dann in den 1980er Jahren ein Erneuerungsbe- griff der Opposition gegen den von marxistisch-leninistischen Parteien dominierten Staatssozialismus. Wer dieser Bedeutung auch heute folgt, definiert die Zivilgesellschaft als ein Erneuerungsprojekt. Jürgen Kocka (2006) beispielsweise wertet die Zivilgesellschaft als ein »nicht eingelöstes Zukunfts- projekt menschlichen Zusammenlebens in der Tradition der Aufklärung« – rechtsstaatlich, demokatisch und wohlhabend. Eine ähnliche Sicht findet sich bei Klaus von Beyme (2006, S. 259–269). Eine kritische Distanz nimmt Ottmann (2017, S. 365f.) ein. Ottmann zeigt, dass in der Rede von der Zivil- gesellschaft recht »verschiedene Vorstellungen vom guten Leben« zum Zuge kommen können.

Der Begriff »Zivilgesellschaft« bezeichnet vor diesem Hintergrund alle Organisationen und Bewegungen, die sich auszeichnen durch

- freiwillige Mitgliedschaft
- eine Position zwischen Staat, Markt und Privatsphäre
- öffentliche Aktivität
- ziviles (nicht-militärisches) und gesetzesverträgliches Tun und Lassen
- sowie Streben nach »öffentlichen Gütern« – oft im Sinne der Tradition der Aufklärung.

Wer gehört zur Zivilgesellschaft in diesem Verständnis? Nach geläufiger Auf- fassung zählen als ihre Mitglieder insbesondere

- Vereine,
- Verbände,
- soziale Bewegungen, auch Protestbewegungen,
- Bürgerinitiativen und
- Stiftungen.

Je nach engem oder weitem Begriffsverständnis werden Religionsgemein- schaften sowie bisweilen politische Parteien ebenfalls zur Zivilgesellschaft ge- zählt. Die Zivilgesellschaftlichkeit der Religionsgemeinschaften ist umstrit- ten, weil in ihnen das Prinzip der durch Beitritt erlangten freiwilligen Mit- gliedschaft in der Regel nicht gegeben ist. Die Parteien werden aufgrund ihrer

Staatsnähe meist nicht oder nur am Rande als »zivilgesellschaftlich« gewertet.

Die Zivilgesellschaft vereint eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen. Zu ihr gehören ein umfänglicher nichtpolitischer Teil und ein politischer Sektor. Der nichtpolitische Teil umfasst größtenteils Massenorganisationen wie Sportvereine, Wandervereine und Vereine des Musikwesens – kurz: »Freizeitorisationen«. Zum politisch engagierten Teil der Zivilgesellschaft gehören vor allem die Organisationen und Bewegungen, die nach politischem Einfluss streben – in der Öffentlichkeit und auf die Regierungspolitik. An Interessenverbände, soziale Bewegungen, politische Protestbewegungen und andere Kollektive ist dabei vor allem gedacht.

Wie groß ist die Zivilgesellschaft in Deutschland? Nach eigenen Angaben ist die Zivilgesellschaft mittlerweile eine Millionen zählende Wachstumsbranche. Allein die Zahl der zu ihr gerechneten Organisationen beispielsweise ist eindrucksvoll – 605.000 Vereine wurden 2017 in Deutschland gezählt, so berichtet der vom Bundesamt für Statistik herausgegebene *Datenreport 2018* (S. 374). Beachtlich ist auch die Zahl der zivilgesellschaftlichen Interessenverbände. Allein der sogenannten Lobbyliste nach zu urteilen – sie enthält die offiziell registrierten und damit beim Parlament und bei der Regierung anhörungsberechtigten Verbände – gibt es derzeit mehr als 2300 Verbände.

Die Zahl der Mitwirkenden an der Zivilgesellschaft ist ebenfalls eindrucksvoll – trotz der Bandbreite der hierzu vorliegenden Informationen. Höchstzahlen berichtet der per Telefoninterviews durchgeführte *Freiwilligensurvey 2014*. Ihm zufolge haben 44 Prozent der über 16-Jährigen »Zivilengagement« (Alischer et al. 2018, S. 377).<sup>2</sup> Hierbei werden allerdings Mitwirkende mit regelmäßiger und seltener Beteiligung zusammengezählt. Strengere Messungen signalisieren niedrigere Beteiligungswerte. Weniger als die Hälfte – 19 Prozent der mindestens 16-Jährigen – ermittelt das *Sozioökonomische Panel* für »regelmäßiges Engagement«, das als »mindestens einmal pro Monat« definiert ist (Alischer et al. 2018, S. 376). Und erheblich kleinere Mitgliederzahlen signalisiert zudem die »aktive Mitgliedschaft/Eh-

---

<sup>2</sup> Zur Datenbasis: Seit Ende 2011 liegt die wissenschaftliche Leitung des Freiwilligensurveys beim Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA). Die Daten aller Erhebungsjahre sowie ausführliches Dokumentationsmaterial stehen Nutzerinnen und Nutzern für die wissenschaftliche Forschung über das Forschungsdatenzentrum des DZA zur Verfügung.

renamt»-Statistik des ALLBUS (der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften).

Nach Mitgliederzahlen zu urteilen überragt der nichtpolitische Teil der Zivilgesellschaft den politischen Bereich – und zwar zunehmend (Weßels 2018, S. 355). Die größten Mitgliedschaften verzeichnen die Sportvereine, sodann Vereine, die sich der Kultur bzw. der Musik widmen und sonstige »Hobbyvereine«. Noch eindrucksvoller wird der Vorrang der nichtpolitischen Zivilgesellschaft vor der politischen, wenn auch die Religionsgemeinschaften mitgezählt werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zivilgesellschaft ist schwer zu schätzen, weil der Großteil ihrer Aktivitäten monetär nicht vergütet ist. Einfacher ist die Ermittlung der Zahl der Beschäftigten im wirtschaftsstärkeren Kern der Zivilgesellschaft, dem sogenannten »Non-Profit-Sektor« (im Sinne jenes Sektors, der weder Staat noch Markt ist) und von dort aus die Finanzierungsbasis. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten beträgt nach Schätzungen von Adloff (2013, S. 915), der aus diversen Quellen berichtet, rund 2,3 Millionen (2007). Das sind 5,3 Prozent der Gesamtbeschäftigung in Deutschland. Diese lag damals – 2007 – bei 43,3 Millionen Erwerbspersonen, davon waren 39,654 Millionen Erwerbstätige (Datenreport 2008, S. 111). Die Finanzierung dieses Sektors basiert zu rund zwei Dritteln (64,3 %) auf Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten, auf Gebühren und Spenden (vgl. Adloff 2013, S. 915). Die Staatsferne der Zivilgesellschaft ist mithin relativer Art.

## **2. Stationen der Zivilgesellschaft seit den 1970er Jahren**

Seit wann spielt die Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland eine nennenswerte Rolle? Seit den 1970er und 1980er Jahren, sagen viele Beobachter. Sie haben dabei vor allem den politischen Teil der Zivilgesellschaft im Blick. Tatsächlich erregen neue politische Organisationen und politische Bewegungen der Zivilgesellschaft in diesen Jahrzehnten viel Aufsehen – und finden sich seit den 1980er Jahren vor allem mit den »Grünen« und dem linken Flügel der SPD auch im Deutschen Bundestag vertreten. Als besonders auffällige Organisationen der Zivilgesellschaft zählen dabei vor allem

- die seit Mitte der 1970er Jahre besonders sichtbare Anti-Atomkraft-Bewegung,

- die Ökologiebewegung,
- die Frauenbewegung und – vor allem –
- die Friedensbewegung, die insbesondere im Streit um die »NATO-Nachrüstung« gegen die sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen »die größte Protestmobilisierung in der alten BRD« wurde, so die Worte eines Historikers zur Geschichte des politischen Protestes in Deutschland (Gassert 2018, S. 159).

Für die 1970er und 1980er Jahre als Aufstiegsperiode der Zivilgesellschaft, insbesondere ihres politischen Teils, spricht auch ihr kräftiges Wachstum in dieser Zeit. Davon zeugen viele Indikatoren, die Zahl der Organisationen und der Mitglieder der Zivilgesellschaft beispielsweise, oder ihre Spender, Stiftungen, Themen und Tätigkeitsfelder, sowie ihre Tätigkeit in Notlagen wie in der Flüchtlingskrise von 2015, in der die ultraliberale Migrationspolitik der Bundesregierung und der Bundestagsopposition die Länder und Kommunen vor größte Herausforderungen bei der Unterbringungen und Versorgung der Flüchtlinge stellte.<sup>3</sup>

Seit den 1970er Jahren wächst die Zivilgesellschaft (jedenfalls den Trends zufolge), aber mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Besonders kräftig expandiert bis heute der »Freizeit-Sektor« der Zivilgesellschaft (Datenreport 2018, S. 354–355). Abnehmende Mitgliederzahlen hingegen berichten die Religionsgemeinschaften, die politischen Parteien und die Gewerkschaften, was Fachleute als Warnsignal deuten (Datenreport 2018; Weßels 2018; Niedermayer 2019).

Uneinheitlich verhält sich hingegen der politische Teil der Zivilgesellschaft: teils wächst, teils stagniert, teils schrumpft er. Die Anlässe und Ursachen sind jeweils verschieden. Viele Protestbewegungen waren nach dem Hoch der 1980er Jahre schwächer geworden, so die Friedens-, die Umwelt- und die Frauenbewegungen. Doch zu Ende gelangt sind die Protestbewegungen nicht. Protest gegen Globalisierung und gegen Rechtspopulismus und Widerstreben gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise sind stärker als zuvor. Zudem bleibt der Protest gegen Nuklearrüstung und Atomkriegsgefahr eine Konstante (Gassert 2018, S. 209ff., S. 237ff., S. 79). Außerdem wecken neue Themen die Aufmerksamkeit der

---

<sup>3</sup> Von Letzterem berichten Quellen wie der Datenreport 2016, der Datenreport 2018 (S. 341–383) und zahlreiche Selbstzeugnisse der Zivilgesellschaft (beispielsweise Priller 2018, S. 189).

Öffentlichkeit. Das gilt namentlich für klimapolitische Themen, wie die Mobilisierungskraft der »Fridays for Future«- Bewegung zeigt, und für verkehrspolitische Streitfragen.

### 3. Stationen der Zivilgesellschaft vor den 1970er Jahren

Wer meint, die Zivilgesellschaft spiele erst seit den 1970er Jahren eine größere politische Rolle, unterschätzt ihr Gewicht vor den 1970ern: Vereine, Verbände und Protestbewegungen waren schon in den 1950er und 1960er Jahren lautstark vernehmbar – Religionsgemeinschaften ebenso und politische Parteien allemal.

Unterschätzt werden oft auch die Massenproteste gegen Hunger und währungsreformbedingte Teuerung schon vor 1949 (Gassert 2018). Am 12. November 1948 beispielsweise wurden in der Bizone 9 Millionen Beteiligte am 24-stündigen Generalstreik gegen Hungersnöte infolge der Währungsreform gezählt (Gassert 2018, S. 31). Ebenso unterschätzt werden oft die Proteste der »Besatzungsgeschädigten« gegen die militärische Okkupation Deutschlands; und unterschätzt werden zudem meist die Organisationen und der Protest der Kriegsopfer und der Vertriebenen, die die politische Landschaft der 1950er Jahre beeinflussten (Gassert 2018, S. 54f.). Sodann ist der heftige Konflikt um die Wiederbewaffnung und um die Nuklearrüstung von Flugzeugen der Bundeswehr zu bedenken.

Zudem entstanden neue Sorgen in den 1950er und 1960er Jahren. Viele Beobachter der politischen und wirtschaftlichen Lage befürchteten übermäßig werdende Interessenverbände. Davon zeugen allein die Titel einflussreicher Buchveröffentlichungen, von denen hier nur zwei erwähnt werden sollen: »Herrschaft der Verbände?« von Theodor Eschenburg ist einer von ihnen (Eschenburg 1955); und »Der Staat der Industriegesellschaft« von Ernst Forsthoff (Forsthoff 1971) ein zweiter. Mit dem »Staat der Industriegesellschaft« war gemeint, dass der Staat nur noch der Knecht oder die Magd der Industriegesellschaft sei, nicht länger ihr Herr.

Außerdem erlebt die Bundesrepublik in dieser Zeit heftige politische Oppositionsströmungen gegen die als »CDU-Staat« geschmähte politische Ordnung des Landes. Die Anlässe und Quellen der Kritik waren vielfältig. Doch besonders lautstark äußerten sich die oppositionellen Strömungen seitens der DGB-Gewerkschaften, der SPD und sozialliberal gestimmter bürgerlicher Wähler. Der Protest gegen den »CDU-Staat« hatte aber auch eine konfessio-

nelle Komponente. Er dokumentiert das Widerstreben protestantischer und laizistischer Kreise gegen einen als stark »katholisch« eingeschätzten Staat (Gassert 2018, 82-83).

Wer die Anfänge der Zivilgesellschaft nur in den 1970ern sucht und dabei nur den Westen Deutschlands im Blick hat, erfasst nur einen Teil der zivilgesellschaftlichen Strömungen. Die Zivilgesellschaft spielte auch im Osten des geteilten Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, eine Rolle. Die Aufstände vom 17. Juni 1953 gegen den SED-Staat sind dafür ein eindrucksvolles Zeichen aus den 1950er Jahren. Später – vor allem seit der zweiten Hälfte der 1970er und mehr noch in den 1980er Jahren – kamen DDR-interne Oppositionsströmungen gegen die allgegenwärtige Parteihschaft der SED hinzu.

#### 4. Schubkräfte der Zivilgesellschaft

Welche Schubkräfte trieben die Zivilgesellschaft an? Vielerlei kam dabei zusammen. Die Massendemonstrationen vor 1949 standen im Zeichen von materieller Not und Repressionen in den Jahren der militärischen Besatzung. Diese Proteste hatten eine starke nationale Komponente – mit deutsch-nationaler Prägung.

Gänzlich andere Beweggründe bestimmten die in den 1950er Jahren aufbrechende Opposition gegen militärpolitische Vorhaben, angestachelt zunächst durch den Streit um die »Wiederbewaffnung« und weiter geschürt von heftigen Auseinandersetzungen um die Nuklearbewaffnung. Eine kriegsmüde, zunehmend pazifistisch eingestellte Bevölkerung wandte sich von sicherheitspolitischen Anliegen der Abschreckung im Nuklearwaffenzeitalter ab – auch dies ein Kennzeichen einer von Kriegsschüttungen zutiefst geprägten »Kriegsfolengesellschaft« (Naumann 2001).

Nichts aber wäre aus der Zivilgesellschaft in Deutschland geworden ohne den Wertewandel von den »materialistischen« zu den »postmaterialistischen Werten« (Inglehart 1997; Inglehart/Welzel 2005). Dieser Wertewandel wiederum war undenkbar ohne den steilen Wirtschaftsaufschwung in den 1950er, 1960er und frühen 1970er Jahren, ohne das Emporkommen einer »Konsumgesellschaft« (Gassert 2018), ohne den Ausbau des Bildungswesens und ohne den Aufstieg der Massenmedien, einschließlich der Fernsehprogramme, mit denen politische Anliegen sich wie ein Lauffeuer ausbreiten konnten.

Gesetzliche Rahmenbedingungen kamen der Zivilgesellschaft ebenfalls zugute. Ohne die in der Verfassung verbriegte Versammlungsfreiheit (GG Art. 8) und das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden (GG Art. 9), hätten ihr zentrale Stützen gefehlt. Und ohne die Förderung aus öffentlichen Geldern – sei es über direkte finanzielle Zuwendungen oder indirekte, wie Steuererleichterungen – hätten etliche zivilgesellschaftliche Organisationen nicht lange überlebt.

Schlussendlich ist die internationale Verflechtung ebenfalls eine Schubkraft für jenen Teil der Zivilgesellschaft geworden, der sich – hauptsächlich in Gestalt rechtspopulistischer Strömungen – gegen Globalisierung wendet, gegen Masseneinwanderung und gegen die Verlagerung vieler Kompetenzen auf inter- und transnationale Einrichtungen, wie die Europäische Union.

Gemeinhin wird dieser Teil der Zivilgesellschaft als »Zivilgesellschaft von rechts« eingestuft – im Unterschied zum Hauptstrom der »Zivilgesellschaft von links«, der überwiegend sozialliberal, grün und rot gefärbt ist. Genauer aber informiert die Einbettung der linken und der rechten Variante der Zivilgesellschaft in die »Konfliktlinien« der deutschen Gesellschaft – die Spaltungen in der Wählerschaft. Hier fallen eindeutige Zuordnungen auf.

- Bei der Staat–Markt–Spaltung – die klassische Links–Rechts-Konfliktlinie – ist die deutsche Zivilgesellschaft überwiegend mitte-links oder auf der linken Seite des politischen Spektrums positioniert.
- Bei der Spaltung zwischen religiöser und säkularer Wählerschaft ist sie im Kern säkular, profitiert aber von kräftiger Mitträgerschaft der Kirchen in humanitären und pazifistischen Anliegen.
- Bei den materialistischen und postmaterialistischen Wertorientierungen neigt der Großteil der Zivilgesellschaft zu postmaterialistischen oder gemischten, materialistisch und postmaterialistisch gepolten Positionen.
- Bei der Spaltung zwischen kosmopolitisch versus lokal oder national schließlich geriert sich die Zivilgesellschaft überwiegend international.

Soweit der dominante Teil der Zivilgesellschaft. Ein Teil der Zivilgesellschaft in Deutschland ist in den Konfliktlinien anders verankert, nämlich eher materialistisch und überwiegend national oder lokal ausgerichtet, so die rechtspopulistische Variante.

## 5. Wirkungen der Zivilgesellschaft

Wie wirkt die Zivilgesellschaft und was bewirkt sie? Laut Selbstbeschreibung ihrer Fürsprecher ist der Wirkungsradius der Zivilgesellschaft sehr groß. Die Zivilgesellschaft wirke nach innen und nach außen: Sie sei sozial kohäsiv, schaffe Beteiligung, stärke die Selbsthilfe, bringe neue Themen in die Politik, trage bei zur Bildung neuer Einrichtungen – Umweltministerien beispielsweise oder Gleichstellungsstellen – und wirke als Instanz der politischen Kontrolle und der Warnung vor drohenden Gefahren (Speth 2018, S. 208–212).

Musterbeispiele großer, kohäsiver und demokratieförderlicher Wirkungen sehen die Fürsprecher der Zivilgesellschaft an vielen Stellen. Als Illustration sei ein einigermaßen repräsentatives Beispiel zitiert: eine Abhandlung von Thomas Meyer, einem Fachmann der Demokratieforschung, aus dem Jahre 2018. Die Zivilgesellschaft ist laut Meyer »die moralische Infrastruktur moderner Gesellschaften« (Meyer 2018, S. 145). Ihre Aktivitäten hätten wesentlich zur kulturellen Integration beigetragen und das »demokratische Potential des Gemeinwesens« »erhöht« (ebd., S. 146).<sup>4</sup> Ihren sozialen Bewegungen seien »Erfolge« (ebd., S. 148) von historischer Bedeutung zuzuschreiben – »beim Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen und der Überwindung der Kernenergie in Deutschland« (ebd., S. 148). Zudem habe die Zivilgesellschaft einen »maßgeblichen Beitrag [...] bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015« geleistet (ebd., S. 139).

Trifft das wirklich zu? Ist die Zivilgesellschaft wirklich »die moralische Infrastruktur« und ein wesentlicher Motor – wenn nicht der wesentlichste – der kulturellen Integration, der Demokratisierung, beim Abbau atomarer Mittelstreckenraketen, auch der sowjetischen SS-20 – und beim Ausstieg aus der Kernenergie? Zweifel sind angebracht. Liegt hier nicht eine Überschätzung der Macht der Zivilgesellschaft vor? Wird ihre moralische Qualität nicht übertrieben? Und werden andererseits gegenteilige Sichtweisen nicht ebenso unterschätzt wie Streitigkeiten in der Zivilgesellschaft und Streit, den sie verursacht?<sup>5</sup> Zudem wird die Binnenwirkung unterschätzt. Die Zivilgesellschaft

- 
- 4 Dieses Argument spielt in der Lehre der Zivilgesellschaft seit Tocqueville (1835/40) eine wichtige Rolle. Eine robuste Zivilgesellschaft stärke die Demokratie.
- 5 Siehe das von Strachwitz (2018, S. 374) kolportierte Zitat eines Vorstandsvorsitzenden eines großen deutschen Unternehmens am Rande einer Weltbankkonferenz in Berlin. Zivilgesellschaft? — »das sind doch nur die Leute, die mich daran hindern wollen, in mein Hotel zu kommen, wenn ich an einer internationalen Tagung teilnehme.«

habe eine starke »expressive Komponente«, so die Worte von Gassert (2018, S. 172) – und damit meint er eine bewegungsintern wichtige Selbstvergewissung.

Zudem sind zwei Korrekturen fällig. Erstens: Die als ›Erfolge‹ eingestuften Politikergebnisse wie der Atomausstieg sind Ergebnis komplexer Ursachenketten, in denen die Zivilgesellschaft nur ein Rädchen unter vielen ist, das sich obendrein nicht in der Regierungsmaschinerie dreht, sondern außerhalb derselben. Und zweitens: Vom Engagement in der Flüchtlingskrise bleibt bei genauerem Hinsehen ein weniger imposantes Bild übrig. Einerseits waren seit 2015 mindestens 32 Prozent der mindestens 16-Jährigen in der Flüchtlingskrise in irgendeiner Form engagiert. Andererseits erstreckte sich der größte Teil des Engagements auf Spenden (28 Prozent der mindestens 16-Jährigen). Erheblich kleiner war der Kreis, der Hilfe vor Ort leistete (wie insbesondere Sprachkurse oder Behördengänge) – auf diesen Kreis entfielen 6 Prozent der Befragten. Und 5 Prozent berichteten, an Protestmaßnahmen wie Demonstrationen teilgenommen zu haben (Alscher et al. 2018, S. 380).

## 6. Internationaler Vergleich

Wie steht Deutschlands Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich da? Zwei besonders auffällige Befunde erwähne ich. Der erste Befund kommentiert die Stellung der Zivilgesellschaft in der religiösen Konfliktlinie. »Die europäische Zivilgesellschaft hat ein säkulares Gesicht, die amerikanische ist religiös gefärbt.« So heißt es in Sigrid Roßteutschers instruktiver Abhandlung über »Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie« (Roßteutscher 2009). Das säkulare Gesicht kennzeichnet auch die Zivilgesellschaft in Deutschland.

Der zweite Befund platziert den deutschen Fall in drei Modellen der nationalstaatlichen Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen: Ein »liberales«, ein »sozialdemokratisches« und ein »subsidiäres Modell« wird dabei unterschieden, so der Vorschlag von Annette Zimmer (2009). Im liberalen, vor allem in angelsächsischen Ländern anzutreffenden Modell, gilt die Zivilgesellschaft als weitgehend eigenständiger gesellschaftlicher Bereich. Der Kern des sozialdemokratischen, vorwiegend in Skandinavien beheimateten Modells, besteht aus Mitgliederorganisationen, die auf Wachstum und Inklusion angelegt sind, wie Parteien, Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung. Das subsidiäre, überwiegend in Zentral- und Südeuropa anzutreffende und durch die katholische Soziallehre beeinflusste Modell

schließlich definiert Zivilgesellschaft »als vorrangig lokal verortete Solidargemeinschaft« (Zimmer 2009).

Deutschlands Zivilgesellschaft liegt, dieser Perspektive zufolge, in der Mitte zwischen dem subsidiären, dem sozialdemokratischen und dem liberalen Modell. Das ist eine interessante Einstufung, die allerdings die ökologisch-grüne Ausrichtung der deutschen Zivilgesellschaft ebenso unterschätzt wie ihre Prägung durch die Religionsgemeinschaften, insbesondere in humanitären und pazifistischen Anliegen.

## 7. Offene Fragen

Bei der Beobachtung und Bewertung der Zivilgesellschaft bleiben etliche Fragen offen. Klärungsbedarf besteht vor allem in folgenden Feldern:

- Wie wirkungsvoll ist die Zivilgesellschaft wirklich?
- Vertreter der Zivilgesellschaft haben oft hochgesteckte Ansprüche. Dem Gemeinwohl dienten sie, behaupten viele ihrer Mitwirkenden und ihrer Fürsprecher. Stimmt das? Ist derjenige, der gegen Globalisierung ankämpft, ein Vorkämpfer des Gemeinwohls? Und was ist mit den Strömungen der Zivilgesellschaft, die ihre Gegner am liebsten außer Landes weisen würden? Dient das dem Gemeinwohl?
- Ist die Zivilgesellschaft hinreichend legitimiert? Wenn ja: welche Legitimität ist das? Die traditionale? Die charismatische? Die legale? Oder die Output-Legitimität?
- Die Zivilgesellschaft ist nicht von den Wählern gewählt, beansprucht aber weitreichende Problemlösungen. Ist das akzeptabel?
- Schließlich: Wie steht es um die Zukunft der Zivilgesellschaft in einer Gesellschaft, die altert, was die Rekrutierung jüngerer Mitwirkender erschwert, und die sich weiter internationalisiert, was den politisch gestaltbaren nationalstaatlichen Raum verkleinert, wenn alles Übrige gleichbleibt?

## Literaturhinweise

Adloff, Frank (2013): Vereine. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands Bd. 2. Wiesbaden: VS Verlag, S. 909-921.

- Alscher, Mareike/Priller, Eckhard/Burkhardt, Luise (2018): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Datenreport 2018, S. 373-382.
- Erlinghagen, Marcel (2013): Ehrenamt. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands Bd. 1. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 199-212.
- Eschenburg, Theodor (1955): Herrschaft der Verbände? Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 2018. Themenheft »Zukunft der Demokratie«, 31. Jg., H.1-2, Berlin.
- Forsthoff, Ernst (1971): Der Staat der Industriegesellschaft. München: C.H. Beck.
- Gassert, Philipp (2018): Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945. Stuttgart: Kohlhammer.
- Grande, Edgar (2018): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31(1-2), S. 52-59.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kocka, Jürgen (2006): Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit aus historischer Perspektive. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.), Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Frankfurt a.M.: Campus, S. 131-143.
- Kocka, Jürgen/Nolte, Paul/Randeria, Shalini/Reichardt, Sven (2001): Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. Discussion Papers 01(801). Berlin: WZB.
- Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M., (Hg.) (2013): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 3. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Meyer, Thomas (2018): Migration, Religion und Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 31(1-2), S. 139-151.
- Naumann, Klaus, (Hg.) (2001): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg: HIS Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2019): Parteimitgliedschaften im Jahre 2018. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 50(2), S. 385-410.

- Ottmann, Henning (2012): Geschichte des politischen Denkens: Band 4.2.: Das 20. Jahrhundert. Von der Kritischen Theorie bis zur Globalisierung. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Priller, Eckhard (2018): Wie offen ist die Zukunft der Zivilgesellschaft? Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 189-194.
- Roßteutscher, Sigrid (2009): Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie. Baden-Baden: Nomos.
- Speth, Rudolf (2018): Zivilgesellschaftliche Watchdogs. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 204-214.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) u.a. (Hg.): Datenreport 2016. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) u.a. (Hg.): Datenreport 2018. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Strachwitz, Rupert Graf (2018): Position und Perspektiven der Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 374-385.
- Tocqueville, Alexis de (1981) [1835/1840]: *De la Démocratie en Amérique*, 2 Bd. Paris: GF Flammarion.
- Von Beyme, Klaus (2006): Politische Theorien der Gegenwart, 8. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Weßels, Bernhard (2018): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) u.a. (Hg.): Datenreport 2018. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 350-357.
- Wolfrum, Edgar (2013): Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005. München: C.H. Beck.
- Zimmer, Annette (2009): Zivilgesellschaft und Demokratie: Drei Modelle zivilgesellschaftlicher Einbettung. In: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, 58(3), S. 397-406.

